

# Frankenberger Nachrichtenblatt

## und Bezirksanzeiger.

Amtsblatt des Königl. Gerichtsamtes und des Stadtrathes zu Frankenberg.

Erscheint wöchentlich drei Mal. Vierteljährlich 10 Ngr. — Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Post-Expeditionen.

### Bekanntmachung, die Grundsteuerbeiträge betr.

Die Grundsteuerbeiträge auf den ersten Termin d. J. sind auf Grund des Gesetzes vom 12. December 1871 mit drei Pfennigen von jeder Steuereinheit spätestens bis zum 10. Februar d. J. abzuführen. Nach Ablauf dieses Termines wird gegen etwaige Restanten sofort mit der Execution verfahren werden.  
Frankenberg, am 23. Januar 1872.

Der Stadtrath.  
Meißner, Bürgermeister.

#### Kriegschronik von 1871.

Mit der Depesche vom 5. Februar, durch welche Kaiser Wilhelm anlässlich des Uebertrittes der letzten französischen Armee auf Schweizer Gebiet und der inzwischen vollzogenen Besetzung aller Forts von Paris durch die deutschen Truppen Victoriaschießen in Berlin anordnet, endet die bisherige Reihenfolge der officiellen Telegramme und da von da ab nur außergewöhnliche militärische Ereignisse auf solchem Wege veröffentlicht werden und auch die bisherige ununterbrochene Reihe wichtiger Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz aufhört, enden auch wir unsere regelmäßige Kriegschronik und werden nur von den wichtigsten Kriegereignissen an den betreffenden Tagen Notiz geben.

#### B e r m i s c h t e s.

Frankenberg, 2. Februar.

Im Interesse der vielen Handelstreibenden unter unsern Lesern halten wir uns verpflichtet mitzutheilen, daß der Dresdner Fastenmarkt vom Montag nach Invocavit auf den Montag nach Lätare verlegt worden ist und somit in diesem Jahre (unter der Bezeichnung „Ostermarkt“) am 11. März abgehalten wird.

Freunde der Geflügelzucht versehen wir nicht auf die von dem rührigen Vereine für Tauben- und Geflügelzucht unserer Nachbarstadt Hainichen veranstaltete, von morgen bis zum Dienstag währende Ausstellung von Tauben, Hühnern, Enten und Ferkeln aufmerksam zu machen. Er freuten sich schon die früheren und namentlich die vorjährige eines zahlreichen Besuchs und vielseitiger Besichtigung, u. A. auch von dem bekannten Thierhändler Geupel-White in Leipzig, so dürfte die jetzige noch mehr zu erstem sich empfehlen, da sie in einem geräumigeren Saale stattfindet und damit mehr Ruhe zur Besichtigung geboten ist.

In Rechau bei Oschatz ist der traurige Fall vorgekommen, daß ein 14 Wochen altes Kind, welches die Mutter während einer mehrstündigen Abwesenheit mit in das Bett ihres 12jährigen Sohnes legte, von diesem im Schlafe erdrückt wurde.

Aus Dresden schreibt das „D. J.“: Das Unternehmen der Frau Simon, Errichtung einer Heilstätte für deutsche Invaliden, ist im raschen Fortschreiten begriffen. Ein geeignetes großes Grundstück (von ca. 66.000 q Meter Flächenraum) in der schönsten Lage (inmitten der Loschwitzer Berge, nahe dem Schlosse des Prinzen Albrecht von Preußen) ist von Frau Simon für

ihre Zwecke käuflich erworben worden und hofft dieselbe, die erforderlichen Einrichtungen in den bereits vorhandenen Gebäuden werden sich so beschleunigen lassen, daß im Frühjahr schon eine Anzahl Invaliden des deutschen Heeres, ohne Unterschied des Ranges, daselbst Aufnahme finden kann. Freilich bedarf es zur völligen Ausführung des Unternehmens noch bedeutender Mittel. Frau Simon ist jedoch von der festen Ueberzeugung durchdrungen, daß das deutsche Volk und insbesondere die edlen deutschen Frauen ihren Plan auch fernerhin so thatkräftig unterstützen werden, daß ein rasches Inslebentreten desselben keinen Schwierigkeiten begegnet.

Kaiser Wilhelm hat denjenigen Frauen und Jungfrauen Sachsens, welche sich während der Kriegszeit durch Thätigkeit besonders ausgezeichnet haben, das Verdienstkreuz für Frauen und Jungfrauen verliehen. Es befinden sich darunter 29 Dresdnerinnen, 15 Leipzigerinnen und 26 Damen aus den übrigen Landesstellen.

Die deutschen Ultramontanen haben in diesen Tagen bittere Lehren erhalten. In der bairischen Abgeordnetenkammer wurde über eine Beschwerde verhandelt, welche der Bischof von Augsburg beim Landtage gegen die Regierung vorgebracht hatte, weil sie den Pfarrer Kenzle in Mering im Amte belästigt, trotzdem er vom Bischof als Gegner der Unfehlbarkeitslehre seines Amtes entsetzt worden ist. Die Minister v. Luz, v. Hegnenberg-Dux und die Abgeordneten Böck, Stauffenberg, v. Hörmann und der sonst mit den Ultramontanen gehende Dr. Sepp säßten dabei Urtheile voll vernichtender Kraft über die clerikale Gesellschaft und ihr den Staat bedrohendes Treiben. Bei der Abstimmung ergaben sich 76 Stimmen für den Antrag der Commission, die Beschwerde für begründet zu erachten, und 76 Stimmen dagegen, womit nach der Geschäftsordnung der Kammer der Antrag verworfen war. Der Vorgang wird nicht verfehlen, im ganzen Lande Aufsehen zu erregen, das den Altkatholiken günstiger sein dürfte, als den Ultramontanen. Wie bedeutungsvoll die Angelegenheit von den Abgeordneten gehalten wurde, ergibt sich aus dem Umstand, daß sich der Abgeordnete Müller, Staatsanwalt in Frankenthal in der Pfalz, der vor einigen Wochen einen Beinbruch erlitten, mit seinem Gypsverbande in den Sitzungssaal tragen ließ, um seine Stimme gegen den Antrag abzugeben. — Un-

verhofft kam, aber um so wichtiger war der Schlag, den die schwarzen Internationalen am Dienstag in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses erhielten. Die clerikalen Abgeordneten Mallinckrodt, Reichensperger-Röhl und Windhorst-Meynen tabelten die Aufhebung der katholischen Abtheilung im Ministerium des Cultus, die vor Monaten schon der abgegangene Minister v. Mühlner angeordnet, in der sie eine Schädigung der katholischen Interessen sehen. Zuerst entgegnete ihnen der neue Cultusminister Dr. Falk, daß die ehemalige katholische Abtheilung, wie er trotz seiner kurzen Wirksamkeit aus den Acten ersehen, doch einen großen Einfluß geübt und in ihren Leistungen oft als Kirchen- und nicht als Staatsbehörde sich geberdet habe, er sei nicht „evangelischer Cultusminister“, sondern habe als Cultusminister auch die Interessen des katholischen Cultus zu wahren, er werde stets Unparteilichkeit einhalten, da Preußen noch gemeinsame Angelegenheiten von Staat und Kirche zu regeln habe und darum ein Cultusministerium mit unparteiischen Räten brauche. Von noch größerer Bedeutung aber sind die Worte des Fürsten Bismarck, der mit schneidender Schärfe die Stellung der Regierung zur ultramontanen Partei, der Centrumsfraction, die sich schon im Reichstage auffällig gemacht hat, kennzeichnete und durch die damit befundete Uebereinstimmung der beiden größten deutschen Regierungen in ihrer Stellung gegen die Ultramontanen die Frage in ein neues Stadium bringt. Der Ministerpräsident bezeichnete die Bildung der Centrums-partei im Reichstage als einen schweren Fehler, sie bedeute die Mobilmachung der ultramontanen Partei gegen den Staat, die Auflösung des Staates in confessionelle Kreise. Der wahre Geist und der Zweck der Partei habe sich bei den Wahlen und in der Presse gezeigt, die man die franzosenfreundliche Rheinbundpresse nennen könne. Er habe dem Könige schon vor vier Jahren die Auflösung der erwähnten Ministerial-Abtheilung gerathen; besser sei ein päpstlicher Gesandter, der offen seinen Auftrag erfüllt, als jene Abtheilung. — Der „D. A. Ztg.“ schreibt man über diese Sitzung aus Berlin vom 30. Januar:

Berlin, 30. Jan. Allgemein sah man der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses mit gespannter Erwartung entgegen wegen der Beantwortung der Interpellation bezüglich der